



metall

Das Monatsmagazin



20. Ordentlicher Gewerkschaftstag

Viel
**solidarisch
gestalten**



Ratgeber

Metall-Rente

**Rechtzeitig für das
Alter vorsorgen**

- ▶ **Tarifaufonomie**
Angriffe auf Tarifverträge abwehren
- ▶ **Asbestose**
Der vergessene Skandal



20. Ordentlicher Gewerkschaftstag in Frankfurt am Main – 1. Teil

Die Gräben überwinden

Die Geschäftsberichte, Aussprache und Neuwahlen standen im Mittelpunkt des 1. Teils des 20. Ordentlichen Gewerkschaftstags in Frankfurt am Main. Das Motto war Programm: »Vielfalt solidarisch gestalten.« Jürgen Peters appellierte an die Delegierten, den Gewerkschaftstag zu nutzen, um Gräben zu überwinden und Entschlossenheit und Geschlossenheit zu zeigen.

Auf das Wahlergebnis für den Ersten und Zweiten Vorsitzenden der IG Metall waren alle am meisten gespannt. 66,1 Prozent für Jürgen Peters und 67,1 Prozent für Berthold Huber waren kein Traumergebnis, aber ein nach den Auseinandersetzungen der vergangenen Wochen »ganz ehrliches«, wie der neugewählte Erste Vorsitzende Jürgen Peters unmittelbar nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses sagte. Er fügte hinzu: »Man kann nicht erwarten, dass nun alle sagen: Schwamm drüber.«

Das zeigte sich auch in der Aussprache zu den Geschäftsberichten. Das Bedürfnis der Delegierten, auf dem Gewerkschaftstag vom 29. bis 31. August in Frankfurt am Main über das bittere Ende der Tarifbewegung im Osten

und die öffentlich ausgetragene Personaldebatte der IG Metall zu diskutieren, war groß. Mehr als 100 Metallerinnen und Metaller gingen ans Rednerpult, um sich zu den Ereignissen der vergangenen Wochen zu äußern und ihre Erwartungen an die künftige Politik der IG Metall darzulegen. »Ich werte das als ein positives Zeichen, das zeigt, wie sehr den Kolleginnen und Kollegen die Bewältigung der Probleme am Her-

zen liegt«, betonte Jürgen Peters im Anschluss an die Debatte.

Breiten Raum nahm auch die Diskussion über die Agenda 2010 und das Verhältnis zur





rot-grünen Bundesregierung ein. Einhellig verurteilten die Delegierten die geplanten Leistungskürzungen bei Arbeitslosen, im Gesundheitswesen und bei der Rente. Sie kritisierten die Pläne der Opposition, die Tarifautonomie auszuhöhlen und die katastrophale Situation auf dem Lehrstellenmarkt. Jürgen Peters versicherte, dass die IG Metall »die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gegenüber den Regierenden vertreten werde, egal welche Parteibücher die Regierungsmitglieder gerade haben«. Ebenfalls Thema in der Diskussion war die Bildungsarbeit der IG Metall. Es war eine ehrliche, faire und kontroverse Debatte.

In einem Punkt waren sich die 598 Delegierten aber einig: Öffentliche Schlamm-schlachten, wie sie in den Wochen vor dem Gewerkschaftstag geführt wurden, dürfe es nicht mehr geben. Der neugewählte Zweite Vorsitzende Berthold Huber sagte: »Ich weiß, wie schwer die letzten Monate für alle Kolleginnen und Kollegen in Betrieben und Verwaltungsstellen waren, die für unsere Gewerkschaft stehen. Wir können und müssen unsere Krise überwinden.«

Der 20. Ordentliche Gewerkschaftstag wird vom 14. bis 18. Oktober in Hannover mit der Beratung und Abstimmung über Anträge und Entschlüsse fortgesetzt. ◀

Jürgen Peters, Erster Vorsitzender

»In den Medien hören wir täglich, wie sich moderne Gewerkschaften aufzustellen haben. Sie verordnen uns Bescheidenheit in verteilungspolitischen Konflikten. Und wenn wir das nicht machen, dann sind wir unmodern und Blockierer.

Was hier den Gewerkschaften als Rolle zugeschrieben wird, hat nichts mit modern oder traditionell zu tun. Sie wollen eine weichgespülte IG Metall, die eine falsche Politik auch noch ideologisch absichert.

Wir werden natürlich mit allen reden – mit dem Bundeskanzler, mit den Ministern, den Staatssekretären, mit den Parlamentariern und selbstverständlich auch mit Vertretern der Opposition. Aber was tun, wenn das nicht reicht? Sollen wir dann mit gesenktem Kopf nach Hause gehen? Deshalb: Gespräche und Mobilisierungsfähigkeit sind keine Gegensätze.

Was wir jetzt brauchen, ist die Rückkehr zu Geschlossenheit. Das schafft die Voraussetzung für solidarische Debatten, für zielgerichtetes Handeln.« ◀

Berthold Huber, Zweiter Vorsitzender

»Tarifpolitik ist das Kerngeschäft der Gewerkschaften. Das Streben nach mehr Beteiligung und mehr Gerechtigkeit ist das zentrale Anliegen der Tarifpolitik. Wir brauchen mehr, und nicht weniger Verteilungsgerechtigkeit. Die faire Beteiligung der arbeitenden Menschen am wachsenden Wohlstand verlangt eine aktive Lohn- und Gehaltspolitik. Wir brauchen aber darüber hinaus mehr, und nicht weniger Chancengleichheit. Es geht darum, dass alle abhängig Beschäftigten die Chance haben, sich in ihrem Berufsleben weiterzuentwickeln und nicht abgehängt zu werden oder gar ins Abseits der Langzeitarbeitslosigkeit geschoben zu werden.

Wir werden für den Erhalt des Flächentarifvertrags eintreten. Das bedeutet aber auch, dass wir das Verhältnis von Fläche und Betrieb überdenken müssen. Die IG Metall braucht eine offene Debatte über Modelle, Chancen und Gefährdungen.

Wir dürfen uns nicht auf die Tarifpolitik begrenzen. Wir brauchen zeitgemäße Antworten auf die Herausforderung der Arbeitsgesellschaft des 21. Jahrhunderts. Die Menschen erwarten von uns, dass wir den Wandel von Arbeit und sozialer Sicherheit gestalten.« ◀

Wahlergebnisse

Die geschäftsführenden Vorstandsmitglieder

Erster Vorsitzender

Jürgen Peters 66,1 Prozent

Zweiter Vorsitzender

Berthold Huber 67,1 Prozent

Hauptkassierer

Bertin Eichler 88,6 Prozent

Erwin Vitt 81,2 Prozent

Wolfgang Rhode 65 Prozent

Kirsten Rölke 64 Prozent

Wolf Jürgen Röder 56,8 Prozent

Klaus Ernst 41,9 Prozent
(nicht gewählt)

Die ehrenamtlichen Mitglieder des Vorstands

Bezirk Baden-Württemberg: Walter Bauer, Marianne D'Agnano, Helmut Lense, Marianne Lutz, Jürgen Stamm.

Bezirk Bayern: Hans Haumer, Elisabeth Kuhn, Gerd Lobodda, Günther Schachner

Bezirk Berlin-Brandenburg-Sachsen:

Carmen Bahlo, Jens Rothe, Hermann von Schuckmann.

Bezirk Hannover: Detlef Kunkel,

Klaus-Dieter Salewski, Klaus Volkert.

Bezirk Frankfurt: Hans-Peter Kurtz, Ullrich

Meßmer, Birgitt Schwab, Walter Vogt

Bezirk Küste: Wolfgang Mädler, Rüdiger

Klein, Ingrid Silberborth.

Bezirk Nordrhein-Westfalen: Dieter Hinkel-

mann, Georg Keppeler, Otto König, Bruno

Neumann, Otto Schütte, Willi Segerath, Ma-

rie-Therese Scheulen.

Die Mitglieder des Kontrollausschusses

Bezirk Baden-Württemberg: Ernst Eisen-

mann; Bezirk Bayern: Erwin Gösselein; Be-

zirk Berlin-Brandenburg-Sachsen: Dieter

Knaack; Bezirk Hannover: Walter Kauf-

mann; Bezirk Frankfurt: Werner Corbe, Be-

zirk Küste: Johannes Müllner, Bezirk Nord-

rhein-Westfalen: Gertrud Opalka.

»Auf unsere Aufgaben besinnen«

Bilanz der vergangenen vier Jahre und Ausblick auf die Zukunft:
Die Berichte der geschäftsführenden Vorstandsmitglieder.

Jürgen Peters, 2. Vorsitzender



Als »altes Stückwerk und neues Flickwerk« hat Jürgen Peters, der auch den Geschäftsbericht für den Vorstandsbereich 01 vortrug, die Agenda 2010 charakterisiert. So sei geplant, das Rentenalter auf 67 Jahre zu erhöhen und

die Rente zu senken. Im Krankenwesen sollte Krankengeld und Zahnersatz aus der paritätischen Finanzierung genommen und die Zuzahlungen bei Arzneimitteln und Krankengeld erhöht werden. Peters erinnerte daran, dass es »zu unseren ureigensten Aufgaben gehört, die Interessen der arbeitenden und arbeitssuchenden Menschen zu vertreten«. Es sei falsch, Gewerkschaften als »die großen Bremsen« zu kritisieren. So habe die IG Metall in der Wirtschafts- und Finanzpolitik ein öffentliches Investitionsprogramm über 20 Milliarden Euro vorgeschlagen, das 400 000 Arbeitsplätze schaffe. Das Geld dafür könne über die Einführung der Vermögenssteuer erhoben werden. In der Renten- und Gesundheitspolitik habe die IG Metall die Einführung einer Erwerbstätigenversicherung – als Antwort auf den »altbackenen Sozialabbau« der Rürup-Kommission.

Jürgen Peters erinnerte daran, dass in der Stahlindustrie Ost der Flächentarif zur Angleichung bei der Arbeitszeit »im Streik durchgesetzt« wurde. In der Metallindustrie »waren wir dazu am Ende nicht in der Lage, das ist bitter«. Peters betonte, dass der Streik »nicht zusammengebrochen ist. Wir haben ihn aus eigener Entscheidung beendet«. Als Grund nannte Peters vor allem – neben eigenen Fehlern wie dem Streikaufruf bei Federal Mogul – die mangelhafte Geschlossenheit in der IG Metall: »Die aktive Solidarität der gesamten Organisation war nicht überall spürbar.« Daher müsse in Zukunft ein »gemeinsames Verständnis von Streik und Fernwirkung« erreicht werden. Peters: »Es gibt keinen Arbeitskampf, der nicht früher oder später Fernwirkung auslöst.« ◀

Bertin Eichler, Hauptkassierer



Positiv sei, dass die IG Metall heute ein funktionierendes Controlling und ein neues Kostenbewusstsein habe. Der Immobilienbereich sei neu geordnet, der Finanzbereich modernisiert und die Informationssysteme

seien neu aufgestellt. Bertin Eichler wies auch auf die Folgen des Mitgliederrückgangs und sinkender Beitragseinnahmen hin: »Wir können nicht mehr alles machen, was wünschenswert wäre.« Zentral sei die Handlungsfähigkeit der IG Metall und die Zufriedenheit der Mitglieder. Alles was durch dieses Raster falle, müsse hinterfragt werden. Allerdings dürfe Sparen kein Selbstzweck sein sondern dadurch müssten Mittel für Zukunftsinvestitionen gewonnen werden. Die Delegierten wurden informiert, dass die Vorstandsverwaltung in das neugebaute Mainforum – an den traditionellen Standort der IG Metall – in der Wilhelm-Leuschner-Straße in Frankfurt am Main umziehen werde. ◀

Horst Schmitthenner



Als »konzeptionsloses Durchwursteln« hat das scheidende Vorstandsmitglied Horst Schmitthenner die Reformpolitik der Bundesregierung kritisiert. Sie festige die Privilegien der »Reichen und Einflussreichen«, während sich über den Rest der Gesellschaft »Enttäuschung und Resignation wie Mehltau legt«. In dieser Situation sei »demokratischer Widerspruch« angesagt, das neue Jahrhundert könne nicht mit »Konzepten von gestern« bestehen. Schließlich werde die Rentenversicherung Stück für Stück den Verwer-

tungsinteressen des Kapitalmarkts geopfert, Leistungen für Arbeitslose gekürzt, um sie in geringentlohnte Erwerbsarbeit abzurängen. Bei der Steuerreform würden »Milliardengeschenke für die Großunternehmen« verschleudert, und bei der Gesundheitsreform vor der Lobbykraft von Ärzten und Pharmaindustrie gekuschelt. Statt die Entwicklung zu beklagen, müsse die IG Metall einen neuen Anlauf als Gegenmacht nehmen. Dazu müsse die Vertrauensleutarbeit neu verankert und die politische Bildungsarbeit stärker genutzt werden. Die IG Metall habe längst alternative Reformvorschläge gemacht: Wie die Arbeitsmarktpolitik zu modernisieren sei, die Finanzgrundlage der Krankenversicherung mittels der Erwerbstätigenversicherung stabiler werde und der Arbeits- und Gesundheitsschutz zu verbessern sei. »Das Bild des ewigen Nein-Sagers und des konservativen Verteidigers des Status Quo stimmt mit der Realität nicht überein.« ◀

Karin Benz-Overhage



Die veralteten Richtlinien zur Vertrauensleutarbeit hätten zu Ungereimtheiten und Konflikten geführt. Karin Benz-Overhage, scheidendes Vorstandsmitglied: Orientierung bei der Überarbeitung sei es, »möglichst vielfältige Arbeitsformen und Strukturen zuzulassen, aber zugleich für Konfliktsituationen belastbare Regelungen zu schaffen«.

Eine aktivere Vertrauensleutarbeit sei nur dann zu realisieren, wenn auf allen Ebenen der Organisation mehr Kraft und Ressourcen dafür eingesetzt würden, und die IG Metall wieder eine starke, gesellschaftliche akzeptierte Reformkraft werde. Positiv vermerkte sie, dass bei den letzten Betriebsratswahlen dank des verbesserten Betriebsverfassungsgesetzes die Zahl der IG Metall-Mandate um 20 Prozent gestiegen seien. In der IT-Branche seien inzwischen mehr

als 50 Prozent aller Beschäftigten durch Betriebsräte vertreten. Jetzt sei es notwendig, sich um die »Nachwuchsförderung« zu kümmern. ◀

Kirsten Rölke



Der gleichstellungspolitische Zug der IG Metall habe Fahrt aufgenommen, sagte Kirsten Rölke. Die Quote sei erfolgreich umgesetzt und mit der Richtlinie Frauen- und Gleichstellungspolitik der richtige Weg eingeschlagen

worden. Jetzt gelte es, die Möglichkeiten des novellierten Betriebsverfassungsgesetzes zu nutzen. Es gebe mehr Kolleginnen in den Betriebsräten, aber leider noch zu wenige weibliche Betriebsratsvorsitzende. Weiteres wichtiges Thema war in ihrem Geschäftsbericht die Mitgliederentwicklung. Kirsten Rölke: »Viel Power brauchen wir in diesem für uns alle so stürmischen Jahr 2003.« Der dramatische Absturz der Beschäftigung habe sich negativ auf die Mitgliederzahlen niedergeschlagen. In Werbegesprächen sei es notwendig, erfolgreiche Aktivitäten für die Sicherung von Arbeitsplätzen stärker in den Vordergrund zu stellen. ◀

Erwin Vitt



Erwin Vitt verwies auf die steigende Zahl von Neuaufnahmen unter den Jugendlichen. Allein in den letzten vier Jahren seien 165 000 Jugendliche der IG Metall beigetreten. Ebenso positiv sei das verbesserte Ergebnis

bei den Wahlen zur Jugend- und Auszubildendenvertretung im Jahr 2002. Das sei »gelebte Demokratie mit Zukunft«. Vitt verwies auch auf die erfolgreichen Aktivitäten der IG Metall und ihrer Jugend, die Qualität der Ausbildung zu verbessern. Kritik übte er an den Arbeitgebern. Es sei ein Skandal, dass aktuell immer noch 147 000 betriebliche Arbeitsplätze fehlten. Vitt: »Wir akzeptieren nicht, dass 70 Prozent der Betriebe nicht ausbilden.« Er erinnerte den Bundeskanzler an sein Versprechen, eine Ausbildungsabgabe einzuführen, wenn es bis zum Herbst nicht ein ausreichendes Angebot an Ausbildungsplätzen gebe. ◀

Wolf Jürgen Röder



Die Pisa-Studie habe die Mängel des Bildungssystems in Deutschland gnadenlos aufgedeckt. Wolf Jürgen Röder kritisierte, dass Deutschland nur in einem Punkt Spitze sei: »In der Auslese von Kindern

aus sozial schwächeren Familien.« Immer weniger von ihnen würden es an weiterführende Schulen und Hochschulen schaffen. Deshalb dürfe Bildung nicht zum Spielball wirtschaftlicher Interessen gemacht werden. Sie dürfe nicht privatisiert werden, sondern müsse öffentliche Aufgabe bleiben. Bildung müsse die Menschen befähigen, ihr Leben und ihre Arbeit zu gestalten. In der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit gehe es darum, politische Orientierung sowie fachliche und soziale Kompetenz zu vermitteln. Röder: »Ohne die kritische Analyse des Kapitalismus und seiner Widersprüche geht es nicht.« Ohne die fachliche Kompetenz gehe es aber auch nicht, aktive Gegenmacht und politische Gestaltungskraft zu entfalten. Mit der Auslastung von über 90 Prozent der gewerkschaftlichen Bildungsstätten sei er hochzufrieden. Die tragende Säule des Bildungssystems der IG Metall sei die regionale Bildungsarbeit. Den Prozess der Weiterentwicklung der Bildungsarbeit will Röder offen, beteiligungsorientiert und transparent weiterführen. ◀

Manfred Schallmeyer



In drei erfolgreichen Tarifrunden in der Textil- und Bekleidungsindustrie und bei den textilen Diensten habe die IG Metall ein Abkoppeln der Textiler von der allgemeinen Einkommensentwicklung verhindern können. Die Lohnerhöhung vom 1. September um drei Prozent könne sich sehen lassen. Forderungen nach drastischen Einkommensenkungen erteilte das scheidende Vorstandsmitglied Manfred Schallmeyer eine Absage: »Wer in Deutschland arbeitet, seine Miete bezahlen und alsbald auch für seine dritten Zähne sein Portemonnaie aufmachen muss, der muss auch das notwendige Kleingeld durch seine

ehrliche, harte und qualifizierte Arbeit verdienen können.« Schallmeyer bescheinigte, dass die Integration gelungen sei. Dennoch müsse sich die IG Metall noch branchenorientierter aufstellen, ohne dadurch Gewerkschaften in der Gewerkschaft zu organisieren. Schallmeyer betonte auch die wichtige Rolle der ausländischen Kolleginnen und Kollegen: »Wir dürfen sie nicht als Träger von Transparenten und als Multi-Kulti-Köche am 1. Mai willkommen heißen und danach bei der Repräsentanz in den Entscheidungsstrukturen der IG Metall mit fadenscheinigen Argumenten ausklammern.« Vielmehr müssten die ausländischen Mitglieder stärker in die gewerkschaftliche Arbeit eingebunden und gleichberechtigt beteiligt werden. ◀

Wolfgang Rhode



Ein Drittel aller Mitglieder der IG Metall arbeitet in kleinen und mittleren Unternehmen. »Dort, wo ein Betriebsrat besteht, ist der Organisationsgrad nicht schlechter als in Großbetrieben«, betonte

Wolfgang Rhode. Viele ehrenamtliche Kollegen seien bereit, sich dort zu engagieren. Er kritisierte, dass die »Mittelstandsoffensive« der Bundesregierung dazu herhalten müsse, soziale Standards abzusenken. Bei der Betriebsbetreuung verwies Rhode auf die Notwendigkeit flächendeckender, betriebsübergreifender Arbeit. Mit dem Aufbau der Branchenarbeit hätten auch die Kolleginnen und Kollegen aus dem Holz- und Kunststoffbereich ihren Platz in der IG Metall gefunden. Die Integration sei gelungen. Dennoch ist in der Holz- und Kunststoffbranche in den vergangenen fünf Jahren jeder sechste Arbeitsplatz vernichtet worden. Deshalb wurden Vorschläge zur Zukunftssicherung der Branche erarbeitet. Im Branchendialog mit den Arbeitgebern gehe es vor allem um die Qualität der Aus- und Weiterbildung, der Arbeit und Produkte sowie der von Forschung und Entwicklung. Positiv wertete Rhode die Aktionen der IG Metall zur Gruppenfreistellungsverordnung der Europäischen Union. Hunderttausend Unterschriften wurden gesammelt und mit dem Rückenwind aus den Betrieben sei zumindest das Schlimmste für die Beschäftigten im Kfz-Handwerk verhindert worden. ◀

Streik im Osten: Was lief falsch?

Marianne Thieme, Friedrichshafen

Ich möchte den am Streik aktiv beteiligten Kollegen Anerkennung und Respekt aussprechen. Meiner Meinung nach hätte, wenn wir in eine solche Auseinandersetzung gehen, die gesamte Organisation auf den Kampf um die 35-Stunden-Woche im Osten vorbereitet werden müssen. Für mich ist bis heute frag-



lich, ob die Strategie, auf Haustarife zu setzen, richtig war. ◀

Erich Klemm, Stuttgart

Mir ist es wichtig, nochmals deutlich zu machen, dass diese Dolchstoß-Legende, die von einigen gesponnen wurde – die Automobil-Betriebsräte hätten dem Tarifkampf Ost den Todesstoß gegeben – Unfug ist. Richtig ist, dass in der Sitzung der Gesamtbetriebsratsvorsitzenden kritische Fragen gestellt wurden. Darauf gab es überhaupt



keine überzeugenden Antworten. Es war nicht zu erkennen, dass diese Tarifbewegung gut vorbereitet und noch weniger, dass sie strategisch vernünftig ausgerichtet war. Leider hat sich hinterher herausgestellt, dass diejenigen, die kritisch gefragt haben, Recht hatten. ◀

Hasso Düvel, Berlin



Wir haben im Lauf der Arbeitszeit-Tarifrunde Fehler gemacht, denn wir haben unterschätzt, wie sehr sich die allgemeine wirtschaftliche Lage verschlechterte. Dass die Gewerkschaften, dass die IG Metall so in die Defensive geraten würde – das haben wir alle so nicht vorhergesehen. Aber aus heutiger Sicht bin ich doch überrascht. Das Unverständnis in Teilen unserer Organisation – damit habe ich nicht gerechnet. Und ich sage auch: Tarifrunden müssen solidarisch und diszipliniert geführt werden. Sie dürfen nicht instrumentalisiert werden. Darauf muss sich jeder in der Organisation verlassen können. Eine Tarifrundbewegung, ein Arbeitskampf, findet unter Rahmenbedingungen statt. Diese gehören mit zur Bewertung. ◀

Udo Meyer, Nienburg

Wie das Scheitern des Streiks erklärt worden ist, ist und bleibt hoffentlich ein einmaliger Vorgang. Es kann nicht sein, dass vom Vorstand ohne Absprache mit den einzelnen Gremien ein Streik für gescheitert erklärt wird. Es ist auch wenig hilfreich, wenn dann Gesamtbetriebsratsvorsitzende aus Unternehmen, die nicht mal Fernwirkungen haben, die Kollegen im Osten auffordern, den Streik zu beenden und dadurch in den Medien die Mei-

nung gegen diesen Streik letztlich noch anheizen. ◀

Holger Wachsmann, Ostbrandenburg

Dies war der dritte Arbeitskampf, den ich mitmachen musste. Das war bei uns nie eine Spaßveranstaltung. Ihr könnt mir glauben, dass wir nach den jahrelangen Kämpfen um die Standortsicherung nicht leichtsinnig in diesen Arbeitskampf gegangen sind. Wir haben uns schon vorbereitet. Die Kollegen wollten den Arbeitskampf durchziehen, und das war kein Thema, das uns aufgedrückt wurde. Natürlich hat keiner geahnt, welcher Druck von außen



auf uns zukommt. Wir haben viel über Fehler geredet, aber ein paar Sachen sind auch gut gelaufen, zum Beispiel der Abschluss im Bereich Stahl. ◀

Rene Vits, Dresden

Diese Niederlage und das veröffentlichte Bild davon werden uns noch sehr lange zu schaffen machen, nicht nur der IG Metall, sondern auch den Gewerkschaften im Osten allgemein – und auch im Westen, wie an den rückwärts gewandten Forderungen zur Arbeitszeit zu erkennen ist. Was uns hier geschwächt hat, darf nicht weitergehen. Das war nicht eine



Streikbewegung Ost, sondern ein Entscheidungskampf um die Arbeitszeit insgesamt. ◀

Thomas Freels, Köln



Ich glaube, dass im Vorfeld des Arbeitskampfes zwei ganz dicke Fehler gemacht worden sind. Erstens: Wir haben völlig unterschätzt, dass nach der Bundestagswahl der Wahlkampf hemmungslos weiter geführt wurde – auch gegen Gewerkschaften und Betriebsräte. Monatelang gab es Hetzkampagnen. Zweitens: Wir hätten darüber nachdenken müssen, ob die Arbeitszeitkampagne im Osten – oder auch im Westen – so stattfinden kann. Das Thema Arbeitszeit ist zurzeit in den Belegschaften nicht vermittelbar. ◀

Wolfgang Schuler, Saarbrücken



Gefehlt hat nicht die Information und die Risiko-Einschätzung, sondern das geschlossene Auftreten. Es kann nicht sein, dass in dieser Auseinandersetzung – während an der Streikfront darüber geredet wurde, ob der Streik ausgesetzt und unterbrochen werden sollte – die Kollegen in der Streikleitung über das Fernsehen erfahren mussten, dass der Streik bereits ausgesetzt wurde. Eine solche Vorgehensweise darf es in unserer Organisation nicht geben. ◀

Protest gegen Agenda 2010

Ursula Weisser, Braunschweig



»Es ist dringend notwendig, die Aufklärung über Ausmaß und Folgen der Agenda 2010 fortzusetzen. Wir müssen unsere Alternativen deutlicher aufzeigen, unsere Proteste wieder

ausweiten auch das Thema »Politischer Streik« darf kein Tabu - Thema sein Als nächsten Schritt halte ich eine bundesweite Demonstration in Berlin für zwingend notwendig.«

Klaus Ernst, Schweinfurt



»Beim letzten Gewerkschaftstag haben wir den Antrag beschlossen: »Fortsetzung der Kampagne für Arbeit und soziale Gerechtigkeit«, einstimmig. Ist das denn gemacht worden? Von einer Kampagne habe ich nichts gespürt. Und jetzt beschweren wir uns und sagen, da gibt es Leute in dem Land, die betrachten uns als Blockierer. Die betrachten uns deswegen als Blockierer, weil unsere Linie nicht sichtbar ist, weil wir unsere eigenen Beschlüsse nicht eingehalten haben. Wenn man sich dreht und wendet, dann verliert man die Achtung derer, zu denen man gehört. Und man

gewinnt nie die Achtung derer, zu denen man gehören will. So geht es zur Zeit der SPD, da dürfen wir nicht mitmachen.«

Joachim Bigus, Osnabrück



»Wenn Sozial- und Finanzpolitik immer mehr zum verlängerten Arm unternehmerischer Tarif- und Verteilungspolitik wird, können wir es nicht einfach laufen lassen. Vertrauensleute bei Karman sind der Auffassung, dass wir in sozialpolitischen Konflikten kein gewerkschaftliches Mittel ausschließen dürfen, auch nicht die Arbeitsniederlegung.«

Hans Köbrich, Berlin



»Wir mobilisieren gegen Sozialabbau, und unsere Kollegen sitzen mit in der Hartz-Kommission – wie Bezirksleiter Peter Gasse. Peter, du hast hier keine Rechenschaft abgelegt, warum Du so mitentschieden hast, die Rechte und materiellen Bedingungen der Arbeitslosen zu verschlechtern.«

Rudolf Luz, Neckarsulm



»Nach 16 Jahren Kritik an Kohl haben die Arbeitnehmer auch von uns gestalterische Einflussnahme auf die Politik erwartet – und nicht nur die bloße Fortsetzung von Politik und Protest. Uns ist es auf dem Feld der Sozialpolitik nicht gelungen, Alternativen und Gegenkonzepte in den Vordergrund zu stellen – teils, weil wir keine überzeugenden hatten. Bei allem Verständnis für die Beschäftigten, die sich enttäuscht von der SPD abwenden: Auch das hilft nichts. Wenn wir keine Brücken in die Politik haben, verlieren wir die notwendige Gestaltungsfähigkeit.«

Paul Rodenfels, Gaggenau



»Es ist nicht so, dass unsere Leute müde sind und nicht mehr auf die Straße gehen wollen, dass sie sagen: »Wir können eh nichts machen«. Unter den zweieinhalb Millionen Mitgliedern haben wir bestimmt anderthalb Millionen, die sagen: »Man muss etwas dagegen tun, es geht mir an den Kragen«. Organisation zeige Führung, zeige mir, wo der Weg hingehet. Offensichtlich schaffen wir das nicht.«

Werner Bastian, Frankfurt/Main

»Noch was zum Thema, warum die Kollegen nicht mehr so richtig mitmachen. Man muss einfach einmal sehen, dass wir den Kollegen jahrelang das Kämpfen abgewöhnt haben. Wir haben ihnen immer gesagt: Wählt SPD, dann wird alles gut. Dann haben wir SPD gewählt und kaum et-

was wurde gut. Jetzt sagen wir den Leuten: »Raus auf die Straße«. Das glaubt uns doch keiner mehr, da müssen wir noch ein bißchen arbeiten.«

Werner Baumler, Weilheim

»Allein die neue Zumutbarkeitsregel für Arbeitslose verstößt gegen das Grundgesetz. Wir müssen handeln, wenn es sein muss auch während der Arbeitszeit.«



Perspektiven der Bildungsarbeit

Reinhard Schwitzer, Hannover

Ich habe mir auch in der Bildungsarbeit gewünscht, dass wir eine konkrete Sachstandsanalyse machen, bevor wir über Veränderungen reden. Wo ist die Bildungsarbeit nicht in Ordnung? Wenn nur noch 50 Verwaltungsstellen an der zentralen Bildungsarbeit teilnehmen, muss man in der Tat fragen: Woran liegt das? Ich habe



manchmal den Eindruck: Bevor wir eine Analyse erstellt haben, kommen wir schon zu Veränderungen. Das passt mir nicht; das ist nicht in Ordnung. ◀

Konrad Ott, Ludwigsburg

Wenn man die Anträge zum Gewerkschaftstag in Sachen Bildungsarbeit liest, hat man bei einem Großteil den Eindruck, dass Bildungsarbeit nach dem Motto



Günter Fechner, Hannover

Das Entgeltrahmenabkommen ist ein großer Schritt auf dem Weg, die Trennung zwischen Angestellten und Gewerblischen aufzuheben. Einige Angestellte in den unteren Gehaltsgruppen,

»Weiter so« beschrieben wird. Der Hauptvorwurf war, bei dem Projekt zur Weiterentwicklung der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit würde von oben nach unten »durchgebeamt«. Dieser Aussage muss ich mit Nachdruck widersprechen. Ich finde, dass wir bei der Bildungsarbeit allen Grund haben, nicht wie bisher weiter zu machen. ◀

Heribert Schirm, Neuwied

Meine Kritik richtet sich sowohl an die strukturellen als auch an die inhaltlichen Positionen, aber auch an die Art und Weise, wie dieses Vorhaben angelegt worden ist. Wenn man eine beteiligungsorientierte Gewerkschaftsarbeit fordert, kann es nicht



die bisher die automatische Anhebung hatten, werden fragen: Wie geht es denn weiter? Ich möchte darum werben, dieses gute ERA und diesen guten Ansatz, den wir den Leuten klar machen können, beizubehalten und auf diesem Wege weiter fortzuschreiten. ◀

Roland Stark, Heilbronn

Die Entgelttarifverträge, kurz ERA, sind im Zusammenhang mit dem im Jahr 2001 in Baden-Württemberg abgeschlossenen

sein, dass in einem solchen Prozess die Beteiligung erst dann einsetzt, wenn das Konzept schon weitgehend steht. Man sollte zunächst einmal die Bildungsarbeit in den Regionen stärken und dann die zentrale Bildungsarbeit an die Erfordernisse einer solidarischen Gewerkschaftsarbeit anpassen. ◀

Thomas Händel, Fürth

Vieles spricht dafür, unsere Seminare angesichts der betrieblichen und gesellschaftlichen Entwicklungen qualitativ zu verbessern.



Politisch orientierend, fachlich qualifizierend und sozial-methodisch kompetent – das ist ein Dreiklang, das ist ein hehrer Anspruch. Die zukünftige politische Reichweite unserer Organisation wird wesentlich mehr von der Leistungsfähigkeit unserer Bildungsarbeit – und zwar zentral und regional – abhängen. Wir brauchen eine breiten-

wirksame und nicht elitäre Bildungsarbeit. ◀

Reiner Neumeister, Freudenstadt

Ganz so weit her kann es in der Frage mit der guten alten Zeit in der Bildungsarbeit doch nicht gewesen sein. Deshalb habe ich auch wenig Verständnis, wenn jetzt die Versuche und Ideen, in der Bildungsarbeit ein paar neue Wege zu gehen und Alternativen aufzuzeigen, in Bausch und Bogen verteuft werden. ◀

Roman Zitzelsberger, Gaggenau

Man tut jetzt plötzlich so, als wenn man zwei Jahre an diesem Prozess der Erneuerung der Bildungsarbeit vollkommen vorbeigelaufen wäre und nicht mitbekommen hat, was gewesen ist, und jetzt sagt: Haltet den Dieb. ◀



Gemeinsamer Entgelttarifvertrag

Tarifvertrag für Qualifizierung für mich ein lebender Beweis



dafür, dass der Flächentarifvertrag Zukunft hat. Beide Tarifverträge sind Antworten auf die

Herausforderungen der zukünftigen Arbeitswelt auch im Hinblick auf ein erweitertes Europa. Der ERA-Tarifvertrag stellt Werkzeuge zur Verfügung, die es ermöglichen, nicht nur Kenntnisse und Erfahrungen, sondern auch Handlungsspielraum und Kommunikation in einer Arbeitsaufgabe zu beschreiben und zu bewerten. Diese Merkmale sind der Schlüssel für innovatives Denken und Handeln. ERA setzt endlich alltägliche Tatsachen in Tariffrecht um. ◀

Ehrenamtliche stärken

Wolfgang Nieke, Stuttgart



Wir müssen Diskussions- und Beteiligungsprozesse in dieser Organisation ermöglichen und damit unsere politische

Richtung bestimmen. ◀

Dirk Linder, Berlin

Wann fangen wir an, über den völlig überzogenen Zentralismus in der IG Metall nachzudenken? Welchen Stellenwert und welchen Inhalt hat die innergewerkschaftliche Demokratie? Wie definieren wir Basis?

Demokratie aber ist meiner Ansicht nach ohne Verantwortung undenkbar. ◀

Dieter Reinken, Bremen

Wir sind in den nächsten Jahren darauf angewiesen, dass wir die Betriebsrätestruktur einbauen in unsere Gewerkschaftsarbeit. Vieles von dem, was dort gemacht und vorgedacht wird, passt gut in unsere Organisation. ◀

Jürgen Damrot, Berlin

Wenn es nicht nur ein theoretischer Anspruch sein soll, dass sich die Mitglieder in die gewerkschaftliche Arbeit einmischen sollen, dann ist es nur folgerichtig, die ehrenamtlichen

Kräfte zu stärken und sie auf allen Ebenen zu beteiligen. ◀

Thomas Reiz, Unna



Wenn es uns nicht gelingt, flächendeckende, regionale und betriebsübergreifende Netzwerkstrukturen zu organisieren, die unseren Betriebsräten nutzen, werden wir gewerkschaftliche Kompetenzen verlieren. ◀

Beschluss: Der nächste Gewerkschaftstag soll über eine Satzungsänderung entscheiden, die den Anteil der Ehrenamtlichen im Vorstand regelt. ◀



Mitgliederentwicklung

Birgit Steinborn, Hamburg

Wir erleben mehr Austritte, weniger Eintritte. Die Ursache liegt nicht nur bei frühkapitalistisch agierenden Arbeitgebern oder antigewerkschaftlichen Medien oder arbeitgeberorientierter Politik. Die Ursache müssen wir auch



bei uns selbst suchen. Wir brauchen eine bessere Öffentlichkeitsarbeit. Wir müssen weg vom Rote-Fahne- und Blaumann-Image. Um Men-

schen zu überzeugen, brauchen wir differenzierte Angebote für verschiedene Zielgruppen. ◀

Gert Bauer, Reutlingen

Wenn wir das Thema des Umbruchs, des Strukturwandels von der Mehrheit der Gewerkschaften zur Mehrheit der Ange-

stellten nicht packen, hat die IG Metall keine Zukunft. ◀

Detlef Wetzel, Siegen

Wir haben eine Abteilung Mitglieder, wir haben aber kein Marketingkonzept. Wir haben viele Aktivitäten in den Betrieben, aber in jeder Verwaltungsstelle muss das Rad neu erfunden werden. Wir haben viele engagierte Kolleginnen und Kollegen, aber insgesamt reicht das nicht aus, um eine positive Mitgliederentwicklung herbeizuführen. ◀

Ulrike Kletezka, Dortmund

Es gibt drei Hauptaustrittsgründe. Einer ist die finanzielle Situation unserer Mitglieder. Ein zweiter Grund ist für sie, wenn sie nicht mehr unter die Tarifverträge fallen. In den letzten Tagen haben sie gesagt, wir sind nicht bereit, das Machtgehabe des Vor-

stands mitzufinanzieren. Wenn selbst unsere Tarifverträge kein Argument mehr für eine Mitgliedschaft sind, dann brauchen wir gegen die Agenda 2010 gar keinen Bus mehr zu bestellen. ◀

Olivier Höbel, Braunschweig

Wir haben einen betrieblichen und biographischen Wandel in der Mitgliedschaft, aber vor allem bei den Beschäftigten. Wir haben an den Strukturfonds der IG Metall erfolgreich



einen Antrag gestellt und sind jetzt mit einem Hochschulbüro auf dem Campus der Universität dabei, neue Strukturen zu entwickeln. Dieses Hochschulbüro arbeitet erfolgreich. Der Weg ist richtig. ◀

Jugend/Ausbildung

Nebil Rebaoui, Bremen



Die Verjüngung der IG Metall ist unausweichlich. Die Jugendlichen müssen zum Zuge kommen und auf allen Ebenen der gewerkschaftlichen Arbeit fest verankert werden. Nur so können wir die Zukunftsfähigkeit der Gewerkschaft sichern. ◀

Stefanie Möller, Erfurt

Dass genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt werden,



da momentan 147 000 Ausbildungsplätze fehlen, muss die IG Metall an ihrer Forderung nach einer solidarischen gesetzlichen Umlagefinanzierung festhalten. Die IG Metall-Jugend steht für eine solidarische Tarifpolitik, die Antworten auf den

Strukturwandel in der Arbeitswelt, die Auswirkungen der Globalisierung und des EU-Binnenmarkts gibt. Die IG Metall-Jugend lehnt jedoch das Konzept der zweistufigen ertragsabhängigen Tarifabschlüsse ab. ◀

Bianca Gruner, Stuttgart

Berufsbildungspolitik ist ein zentrales gewerkschaftliches Handlungsfeld mit wachsender Bedeutung für die Betriebspolitik und nicht zuletzt für eine Perspektive der Beschäftigten. Es ist ein gesellschaftlicher Skandal, dass in Deutschland die soziale Herkunft darüber entscheidet, wer was lernen darf und wer welche Chancen hat. ◀

Frauen

Herta Everwien, Emden

Obwohl seit Jahren die Erwerbstätigkeit von Frauen zunimmt, kann von tatsächlicher Gleichstellung keine Rede sein. Das Feigenblatt zur betrieblichen Gleichstellung, die freiwillige Vereinbarung zwischen Arbeitgebern und Bundesregierung, hat keine Erfolge gebracht. In nur 4,1 Prozent aller Betriebe, gibt es eine Betriebsvereinba-

rung. Deshalb brauchen wir endlich wirksame Gesetze. Wir brauchen Gesetze, die die Arbeitgeber verpflichten, die Gleichstellung umzusetzen. ◀



Handwerk

Rainer Mangler-van-Klev, Darmstadt

Der Begriff Handwerk wird im Allgemeinen mit kleinen Betrieben von drei bis zehn Beschäftigten verbunden. Dies ist eine Vorstellung, die aus der Sicht von uns Metallern über Bord geworfen werden muss. In unserer Verwaltungsstelle betreuen wir über 40 Handwerksbetriebe mit 20 bis 800 Beschäftigten. Handwerk ist heute ein breites Spektrum. Hier erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit zu machen geht nicht nach Schema F. Ich bin froh, dass die IG Metall heute eine differenzierte Branchenarbeit anbietet. ◀

Arno Siebert, Frankfurt

Das Tariftrueugesetz ist leider nicht bundesweit einheitlich geregelt. Es diskriminiert die Beschäftigten aus den Bundesländern, wo es noch nicht zur Anwendung gekommen ist. Durch die Personalserviceagenturen hat sich die Leiharbeit noch nicht gravierend verbessert. Es gibt in diesem Sektor noch hohe Entlohnungsunterschiede, die durch unseren Einfluss verbessert werden können. ◀

Branchen

Jürgen Dzudzek, Duisburg

Wir haben inzwischen eine ausgesprochen differenzierte Branchenarbeit und sind auf einem hervorragenden Weg, den wir natürlich weiter ausbauen wollen, um stärker zu den unmittelbaren Interessen unserer Mitglieder zu kommen. ◀



Ausführliche Berichte über den Gewerkschaftstag im
▶ Internet: www.igmetall.de

Zu guter Letzt

▶ **Guntram Schneider:**

»Es ist uns nicht gelungen, eine Massenmobilisierung gegen diesen sozialpolitischen Unfug herbeizuführen. Offensichtlich sind wir von dem, was Marx im Vorwort zur Kritik der politischen Ökonomie formuliert – die Theorie wird zur materiellen Gewalt, wenn sie die Massen ergreift –, weit entfernt.«

▶ **Antwort von Jürgen Peters:**

»Ich bin verblüfft, wie du aus dem Stegreif Karl Marx zitieren kannst. Das hat mich nicht in Ruhe gelassen, das hat meinen

sportlichen Ehrgeiz geradezu angestachelt. Ich muss dir bestätigen: Das Zitat ist korrekt und der Autor ist in Ordnung. Aber trotzdem ist dir ein kleiner Irrtum unterlaufen. Das Zitat ist nicht aus der »Einleitung zur Kritik der politischen Ökonomie«, sondern es ist aus der »Einleitung zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie«. Jetzt steht es wieder 1:1.«

▶ **Manfred Schallmeyer:**

»Ich bin oft gefragt worden, ob denn die Friedfische von Textil und die kämpferischen Metaller überhaupt zueinander passen.

Ich habe immer mit dem Hinweis auf die historische Entwicklung der textilen Wertschöpfungskette zu entgegnen versucht und gesagt: Kettenhemden und Ritterrüstungen waren ja auch nur archaische Vorläufer von Boss-Anzug und Seidensticker-Hemd.«

▶ **Klaus Ernst:**

»Stellt euch vor, Ihr habt ein Haus. Da kommt ein Einbrecher, den Ihr dabei erwischt, wie er den Fernseher hinausträgt: Dann sagt der: Ich bin das kleinere Übel, denn nachher kommt einer aus Bayern, der nimmt noch die Waschmaschine.«

▶ **Berthold Huber:**

»Wenn jeder, der einigermaßen reden und schreiben kann, der weiß, dass Kant und Hegel keine Bundesligaspieler sind, wenn der schon als Philosoph gilt, dann ist es um das Land der Dichter und Denker nicht gut bestellt.«

▶ **Olivier Höbel,:**

»August Bebel sagte: Selbst Engelszungen haben nur Erfolg, wenn der Resonanzboden für ihre Predigt vorhanden ist. Predigen können wir. Engelszungen haben wir sowieso. Aber unser Resonanzboden verändert sich.«

Steuermann in unruhiger Zeit



Am 21. Juli trat Klaus Zwickel von seinem Amt als Erster Vorsitzender zurück. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte er knapp zehn Jahre die Geschicke der IG Metall geprägt. Er steuerte seine Gewerkschaft, der er seit fast 50 Jahren angehört, durch ein unruhiges Jahrzehnt. Es war gekennzeichnet vom Abbau von Arbeitnehmerrechten und Sozialleistungen. Die deutsche Vereinigung und die Globalisierung veränderten die Wirtschafts- und Arbeitsbedingungen nachhaltig – und damit auch den Rahmen für gewerkschaftliches Handeln. Klaus Zwickel wagte unkonventionelle Schritte, um die Massenarbeits-

losigkeit zu bekämpfen. 1995 forderte er Arbeitgeber und Regierung zu einem »Bündnis für Arbeit« auf. Das Bündnis wurde nicht geschmiedet, es scheiterte an der Blockade von Arbeitgebern und Politik.

Ende der 80er Jahre hatte Klaus Zwickel in der Tarifpolitik ERA, den gemeinsamen Entgelttarifvertrag, angestoßen. Nach jahrelangem Ringen um gleiche Arbeitsbedingungen für Arbeiter und Angestellte und zeitgemäße und gerechte Eingruppierung kam in der Tarifrunde 2002 endlich der Durchbruch. Die ersten ERA-Tarifverträge wurden in diesem Jahr an der Küste und in Baden-Württemberg unterzeichnet.

Das gesellschaftspolitische Projekt, das Zwickel am meisten am Herzen lag, war die Zukunftsdebatte, die frischen Wind und neue Ideen in die IG Metall bringen sollte. Mitglieder, Vertrauensleute, Betriebsräte – alle, die der IG Metall nahe stehen, waren eingeladen, über neue gewerkschaftliche Ziele und Perspektiven zu diskutieren. Der Prozess, an dem sich Tausende von Metallrinnen und Metallern beteiligten, mündete in den Zukunftskongress in Leipzig; die Ergebnisse fließen in den Gewerkschaftstag dieses Jahres ein. Am Ende der Debatte stand, was auch Klaus Zwickel wollte: Die IG Me-

tall muss sich öffnen für unterschiedliche Bedingungen in den Betrieben und neue Lebensentwürfe ihrer Mitglieder.

In Zukunft erklimmt Klaus Zwickel neue Höhen: Er will im Himalaya-Gebiet wandern. Der Rucksack, den ihm seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geschenkt haben, ist einmalig: Er ist aus einer IG Metall-Fahne genäht. ◀

Lebensweg

1939 wurde Zwickel in Heilbronn geboren
 1953 Lehre als Werkzeugmacher
 1960 - 1965 Betriebsrat bei Tuchel, Heilbronn
 1968 - 1983 Erster Bevollmächtigter in Heilbronn
 1984 - 1986 Erster Bevollmächtigter in Stuttgart
 1986 - 1989 geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall
 1989 - 1993 Zweiter Vorsitzender der IG Metall
 1993 - 2003 Erster Vorsitzender der IG Metall
 Seit 1993 Präsident des Internationalen Metallgewerkschaftsbunds



Manfred Schallmeyer

Der „in der Wolle gefärbte“ Textiler aus Emsdetten kam 1998 mit der Integration der GTB zur IG Metall. Als Vorstandsmitglied widmete er sich seinem angestammten Metier Textil/Bekleidung, den Angestellten und den ausländischen Arbeitnehmer/-innen. Ein besonderes Anliegen war ihm das kürzlich verabschiedete Ausländer-Förderprogramm. Schallmeyer, 55, bleibt der IG Metall erhalten: Künftig wird er für die IG Metall im Rahmen der Gremienarbeit für die internationale Textilbranche tätig sein. Außerdem wird er Sonderbeauftragter des Ersten Vorsitzenden. ◀



Horst Schmitthener

Mehr als 30 Jahre lang ist der gebürtige Siegener hauptamtlich für die IG Metall tätig: Zunächst 14 Jahre lang als Gewerkschaftssekretär im IG Metall-Bildungszentrum Sprockhövel und ab 1989 als geschäftsführendes Vorstandsmitglied. Sein Aufgabengebiet – und seine Leidenschaft – war die Sozialpolitik. Schmitthener will sich mit 62 Jahren nicht zur Ruhe setzen: Er wird sein Engagement für die IG Metall fortsetzen und gemeinsame Positionen von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen ausloten – etwa bei Attac oder bei den Kirchen. ◀



Karin Benz-Overhage

Die gelernte Chemielaborantin und diplomierte Soziologin war politische Sekretärin bei der IG Metall, bevor sie 1986 zum geschäftsführenden Vorstandsmitglied gewählt wurde. Ihr Aufgabengebiet war die Betriebs- und Mitbestimmungspolitik. Dabei setzte sie sich für eine aktive Betriebsräte- und Vertrauensleutearbeit ein. Besonders am Herzen lag ihr die Zusammenarbeit der Betriebsräte und Gewerkschaften in Europa. Sie wird zukünftig für die IG Metall ehrenamtlich tätig sein – im Rahmen des Wirtschafts- und Sozialausschusses der Europäischen Union. ◀



metall

Das Monatsmagazin



Gewerkschaftstag in Hannover



Rote Karte für Agenda 2010

- ▶ **Tarifautonomie**
Widerstand gegen Lohndumping
- ▶ **Jugend**
JAVis mischen sich ein

Ratgeber

Kündigung

Krank sein und doch entlassen?



Fotos: Metin Yilmaz

20. ordentlicher Gewerkschaftstag in Hannover – zweiter Teil

Bertold Huber: »Es ist dumm und töricht, die Tarifaufonomie aufzukündigen«

»Solidarität muss wichtigstes Kriterium sein«

Im zweiten Teil des 20. ordentlichen Gewerkschaftstags der IG Metall vom 14. bis 18. Oktober in Hannover stand die programmatische Arbeit auf der Tagesordnung. Rund 600 Delegierten diskutierten über die aktuelle politische Ausrichtung der IG Metall. Die Ergebnisse finden ihren Niederschlag in acht Entschlüssen, denen über 600 Anträge, elf Initiativanträge und 32 Ergänzungsanträge zugeordnet waren. Außerdem stimmten sie über 59 Anträge zur Satzung ab.

Beim Umbau des Sozialstaats muss das Prinzip der Solidarität das wichtigste Kriterium sein«, sagte Bertold Huber, Zweiter Vorsitzender der IG Metall, bei der Eröffnung. Nur eine sozial ausgewogene Reformpolitik könne die Unterstützung der Menschen und der IG Metall finden. Bei der Agenda 2010 sei dies aber nicht der Fall.

Huber nannte drei Themen, die für die IG Metall »ganz oben« auf der Tagesordnung stehen. Vorrangig gehe es darum, die Tarifaufonomie weiter zu entwickeln. Hohe Produktivität und geringe Konflikthäufigkeit

aufgrund der Tarifaufonomie seien bis heute für den Erfolg der deutschen Wirtschaft die Voraussetzung gewesen. »Es ist deshalb dumm und töricht, dass die Opposition die Tarifaufonomie aufkündigen will«, sagte Huber.

Heftig kritisierte er die mangelnde Ausbildungsbereitschaft der Betriebe. Trotz gegenteiliger Beteuerungen geschehe seit Jahren nichts. Die Zukunft der jungen Generation werde verspielt. Berufsausbildung und Weiterbildung werde zu einer existenziellen Frage des »Modell Deutschland«. Er forderte ein Ende der Versprechungen. Bundesre-

gierung, Länderregierungen und Parlamente müssen durchsetzen, dass alle Menschen eine Chance auf Ausbildung und Bildung erhielten. Das sei ihr grundgesetzlicher Auftrag.

Als weiteren Schwerpunkt nannte Huber den Umbau der sozialen Sicherungssysteme. Die IG Metall lehne »grundsätzlich« den Weg einer Entstaatlichung und Privatisierung ab. Sie werde nicht zu allen Vorschlägen nein sagen, aber sie verlange, dass Regierung und Opposition überzeugende Vorschläge zu einem »sozial gerechten Umbau« vorlegen. ◀

»Wir sagen ›nein‹ zu sozial ungerechter Politik«

In seinem Grundsatzreferat erteilte der Erste Vorsitzende Jürgen Peters der neoliberalen »Refomen« von Rot-Grün eine Absage. Diese Politik sei sozialpolitisch verantwortungslos und wirtschaftspolitisch unsinnig.

Heftige Kritik am »globalen Kapitalismus neuen Typs« übte Jürgen Peters, Erster Vorsitzender der IG Metall. Im Grunde genommen wäre Wohlstand für alle möglich, in Wirklichkeit bringe das System Armut für immer mehr Menschen. Schuld daran sei das »politische Projekt Neoliberalismus«. Auch die rotgrüne »Agenda 2010« sei davon geprägt. Unter anhaltendem Beifall kritisierte Peters: »Wir sagen nein zu einer Politik, die sich nicht für soziale Gerechtigkeit und mehr Arbeitsplätze engagiert.« Sie sei »wirtschaftspolitisch unsinnig und sozialpolitisch verantwortungslos«.

Auch die Angriffe auf die Tarifautonomie stehe unter der Prämisse des Neoliberalismus. »Wer hätte gedacht«, so Peters, »dass ausgerechnet unter einer sozialdemokratisch geführten Regierung dieser Stützpfeiler des Sozialstaats in Gefahr gerät?« Auch wenn die SPD nicht nur Arbeitnehmerinteressen ver-



Jürgen Peters: »Wir können nicht zur Tagesordnung übergehen«

pflichtet sei: »In unserem Grundgesetz steht: »Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.« Da steht nicht: In Zeiten der Globalisierung ist die Staatsgewalt an die globalen Finanzmärkte und die multinationalen Konzerne

zu übergeben«. Der Erste Vorsitzende erinnerte daran, dass »wir an einer Weggabelung stehen«. In kapitalistischen Gesellschaften gäbe es keine Bestandsgarantie für Gewerkschaften. In den Denkfabriken des Neoliberalismus werde längst über die Perspektive einer Gesellschaft ohne Gewerkschaften nachgedacht.

In den Betrieben dominiere immer noch das »Leitbild olympiareifer Belegschaften«. Immer öfter würden ältere Beschäftigte aus dem Arbeitsprozess aussortiert. Peters: »Wer schon 50-Jährige aus dem Erwerbsleben herausdrängt und gleichzeitig für die Rente mit 67 plädiert, der weiß entweder nicht, wovon er redet, oder er ist ein Scharlatan«.

Entschieden wandte sich Peters gegen Forderungen, die Arbeitszeit in Deutschland wieder zu verlängern. »Millionen von Menschen haben keine Arbeit, und die, die Arbeit haben, sollen länger arbeiten. Kürzere, nicht längere Arbeitszeiten sind die historische Antwort auf die steigende Produktivität der Arbeit.«

Gleichwohl werde die IG Metall die Gestaltung der Arbeitszeit ins Zentrum ihrer Politik stellen. Darüber hinaus werde sie eine Debatte über die Differenzierung der Tarifpolitik fortführen. Dieser Weg sei jedoch von zwei Bedingungen abhängig: Systeme, bei denen zugunsten einzelner Betriebe das Niveau des Flächentarifvertrags leidet, seien nicht akzeptabel. Außerdem dürfe es keine Eingriffe in regelmäßige, tarifliche Grundeinkommen geben.

Die Weiterbildung werde ein qualitatives Projekt künftiger Tarifpolitik sein, kündigte Peters an. In der Ausbildungsfrage warf er den Arbeitgebern »Blockadepolitik« vor. Er nannte es einen Skandal, das nicht einmal ein Viertel der Betriebe ausbilde und forderte die Bundesregierung auf, »einen Teil der Energie, die sie in die Kürzung von Arbeitslosenhilfe legt, für die Zukunft junger Menschen« einzusetzen.

Der Verlust von Mitgliedern sei derzeit das »Kernproblem« der IG Metall. Der Trend müsse umgekehrt werden: »Wir verlieren Mitglieder, weil wir Arbeitsplätze verlieren, aber wir gewinnen auch dort zu wenig Mitglieder, wo die Beschäftigung günstiger ist«, sagte Peters. »Angesichts dieser Entwicklung kann die IG Metall nicht zur Tagesordnung übergehen.« Peters forderte seine Organisation auf, die Intensität der Mitgliederwerbung zu verstärken und ins Zentrum der täglichen Arbeit zu stellen. ◀

Abschied von den ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedern



Claus Matecki, Reinhold Wirtz, Horst Schmitthenner, Karin Benz-Overhage, Erster Vorsitzender Jürgen Peters, Klaus Zwickel, Manfred Schallmeyer, Gerd Korsawe, Eckhard Redlich, Gustav Meier, Dieter Kroll (von links)

Entschließung 1

Gesellschaftspolitik und allgemeine Gewerkschaftspolitik

Die Globalisierung insbesondere auf den Finanz- und Kapitalmärkten, Währungsspekulationen und Finanztransaktionen führen zu unkontrollierbaren Risiken und drohen, Volkswirtschaften zu ruinieren. Es sei illusorisch, die weitere ökonomische und politische Globalisierung verhindern zu wollen, heißt es in der Entschließung 1. Sie sozial gerecht und ökologisch nachhaltig zu gestalten, sei die zentrale politische, gesellschaftliche und gewerkschaftliche Herausforderung.

Kritisiert wird die Vorherrschaft der neoliberalen Ideologie. Sie sei im Grunde eine antidemokratische Ideologie, die den Abbau demokratischer Einflussmöglichkeiten fordere. Im Gegensatz dazu müssten vielmehr die demokratischen Sozialmodelle in Europa verteidigt werden. Die Europäische Union müsse ihr politisches und ökonomisches Gewicht in den globalen wirtschafts- und sozialpolitischen Auseinandersetzungen stärker zur Geltung bringen.

Der Wandel in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik habe gravierende Auswirkungen auf die Gewerkschaftsbewegung. Die IG Metall reagiere auf den Wandel und gestalte ihn mit, um Gegenmacht zu bleiben und Gestaltungskraft zu behalten.

Das Leitbild für die IG Metall der Zukunft sei das einer kampfstarken und durchsetzungsfähigen Gewerkschaft, die in einer veränderten Arbeitsgesellschaft die differenzierten Interessen der Arbeitnehmerschaft tarifpolitisch wirksam und gesellschaftspolitisch erfolgreich vertreten kann. Die strategische Schlüssel-

aufgabe für die Zukunftssicherung der IG Metall liege darin, bei den Angestellten und in den produktionsnahen Dienstleistungen Fuß zu fassen.

Zu den wichtigsten Aufgaben in den kommenden vier Jahren gehören für die IG Metall:

- ▶ Die programmatische Erneuerung mit dem Ziel »Vielfalt solidarisch gestalten« fortführen
- ▶ Industrielle und industriennahe Beschäftigung in Deutschland sichern
- ▶ Die Realeinkommen zu sichern, Leistungs- und Qualifizierungsbedingungen tarifvertraglich verbessern, die Differenzierung in der Arbeitswelt durch Tarifvertrag gestalten
- ▶ Der gerechte Umbau des Sozialstaats
- ▶ Die europäische und weltweite Gewerkschaftsarbeit stärken
- ▶ Die Mitgliederentwicklung ins Zentrum der Arbeit stellen
- ▶ Im Bereich der industriellen und industriennahen Dienstleistungen, der Informations- und Kommunikationstechnik betrieblich und tariflich besser verankert sein
- ▶ Gender Mainstreaming in allen Bereichen der IG Metall ausreichend verankern
- ▶ Den Konsolidierungskurs bei den Ausgaben und der Personalentwicklung der IG Metall fortsetzen. ◀



Joachim Bigus, Osnabrück
Die Europäische Union baut Eingreiftruppen auf und in den verteidigungspolitischen Richt-



linien ist schon seit Anfang der Neunzigerjahre die Rede vom Auftrag, Rohstoffe und Märkte weltweit zu erobern. Diese Politik wird auch durch Sozialabbau finanziert. Wir wären als IG Metall gut beraten, die Militarisierung unserer Außenpolitik abzulehnen. ◀

Werner Baeumler, Weinheim
Der sogenannte »demografische Faktor« wird an Stellen strapaziert, an denen er überhaupt nicht passt. Ich möchte es an einem extremen Beispiel deutlich machen: Wenn man nur die demografische Entwicklung berücksichtigen würde, dann müsste es in Indien oder Bangladesch Renten von 4000 oder 5000 Euro pro Monat geben. ◀

Doris Müller, Chemnitz
Die Ausgrenzung Erwerbsloser lässt sich nicht durch eine schöne Papierlage ändern. Deshalb fordere ich euch auf, in den Betrieben über Ursachen und Folgen von Erwerbslosigkeit zu diskutieren. Den Vor-

stand bitte ich, eine gesamtgesellschaftliche Diskussion zur Zukunft der Arbeit in Gang zu setzen. Wir brauchen eine Neuverteilung der Arbeit, und wir brauchen neue Arbeitsplätze. ◀

Alfred Schleu, Gelsenkirchen
Sicherlich gibt es Unternehmen, die bei der Frauengleichstellung freiwillig aktiv geworden sind. Das ist leider nur vereinzelt der Fall. Der weitaus größte Teil hat sich vornehm zurückgehalten. Es ist fraglich, warum sie nun plötzlich ohne Druck aktiv werden sollten. Deshalb müssen wir die Initiative für ein Antidiskriminierungs- und Gleichstellungsgesetz von Neuem ergreifen. ◀

Uwe Hück, Stuttgart
Die Regierungskoalition hat die Gesetzesvorlage der Opposition zur Einschränkung der Tarifautonomie zwar abgelehnt, aber der Bundesrat und der Vermittlungsausschuss werden sich damit befassen. Dort traue ich keiner der Parteien. Ich habe Angst,



dass dort ein Tauschgeschäft gemacht wird. Das ist nicht akzeptabel. Wir sollten denen jetzt sagen: Hände weg von der Tarifautonomie. ◀

Meiste Delegierte ehrenamtlich: Von den 593 Delegierten in Hannover waren knapp 75 Prozent Männer. Rund 80 Prozent waren ehrenamtlich und der Anteil der Delegierten mit ausländischem Pass betrug knapp fünf Prozent. Fast jeder Vierte der ehrenamtlichen Delegierten war ein Angestellter. Das Durchschnittsalter lag bei 47 Jahren. ◀



Entschließung 2

Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik

Die neoliberale und unsoziale Wirtschaftspolitik hat die Massenarbeitslosigkeit nicht bekämpft. Vielmehr wurde die Kluft zwischen arm und reich vertieft, wird in der Entschließung 2 kritisiert. In Deutschland gerieten Beschäftigte, Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger und Rentner durch Sozialabbau und eine verschärfte Arbeitsmarktpolitik unter Druck, ohne mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Die Haushaltskürzungen unter dem Diktat des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts hätten dazu beigetragen, die konjunkturelle Schwächephase zu verlängern.

Deshalb fordert die IG Metall einen Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik. Es müsste qualitatives Wachstum gefördert werden, um Arbeitsplätze und sicheres Einkommen zu schaffen. Die Geld-, Finanz-, Lohn- und Steuerpolitik müsste aufeinander abgestimmt werden, um dieses Ziel zu erreichen.

Vor allem in Bildung und Erziehung, in die soziale Infrastruktur, im Verkehrsbereich und im Gewässer und Umweltschutz müsse investiert werden. Vorrangig sei, den dringenden Investitionsbedarf der Gemeinden zu befriedigen. Die öffentliche Investitionsquote müsse mindestens auf das europäische Durchschnittsniveau von 2,5 Prozent angehoben werden.

Auch der private Konsum sei ein Motor für Wachstum und Beschäftigung. Allerdings habe die Verbrauchernachfrage in den vergangenen Jahren unter stagnierenden Reallohnern gelitten. Die Tarifforderungen der IG Metall würden sich auch in Zukunft an den gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen orientie-

ren. Dabei blieben die Komponenten Produktivität, Preise und Umverteilung der Hauptmaßstab.

Auch die Steuerpolitik müsse einen Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit leisten. Vermögende und Unternehmen müssten angemessen an der Finanzierung öffentlicher Ausgaben beteiligt werden. Dafür müsse wieder eine Vermögenssteuer auf große Vermögen eingeführt und die Erbschaftssteuer reformiert werden. Eine niedrige Abgeltungssteuer auf Zinseinkünfte und eine Amnestie für Steuerflüchtlinge lehnt die IG Metall ebenso ab wie die Senkung des Spitzensteuersatzes. Europaweit müssten die Mindeststeuersätze für Unternehmen harmonisiert und die Öko- und Energiesteuern geregelt werden.

Die Delegierten des Gewerkschaftstags sprachen sich gegen eine Kürzung der Entfernungspauschale und gegen die Angriffe auf die Steuerfreiheit von Wochenend-, Schicht- und Nachtzuschlägen aus. Diese seien keine Subventionen sondern Werbungskosten, die mit dem Erbringen der Arbeitsleistung der Arbeitnehmer verbunden seien. ◀

Witich Roßmann, Köln

Industriebetriebe mit Tarifverträgen und Betriebsräten exportieren erfolgreich. Wir müssen uns in allen wirtschaftspolitischen Fragen so



einbringen, dass Industrie in unserer Gesellschaft weiterhin möglich ist, dass Industrie stabilisiert wird. Dass alles tun wir ja nicht, damit die IG Metall stabil ist, sondern weil dies unsere Kernkompetenz in der Welt ist, mit der wir Geld verdienen können und auf der unser Reichtum beruht. ◀

Andreas Blechner, Salzgitter

In das Atommülllager, das in Salzgitter eventuell entstehen kann, soll 95 Prozent des Atommülls aus ganz Europa eingelagert werden – schwach- und mittelradioaktiv. Das Einzige, was noch nicht hineinkommen soll, sind die Brennstäbe. Es wird aber auch darüber gesprochen, dass eine sehr große Menge Plutonium

dort eingelagert werden soll. Das Atommüllendlager wäre direkt auf dem Hüttengelände des Stahlwerks. Wir von Volkswagen sind nur 800 Meter Luftlinie entfernt. Ich will gar nicht daran denken, was passiert, wenn es zu einem Unfall kommt. ◀

Herrmann von Schuckmann, Ludwigsfelde

Es ist ein Skandal, dass neuerdings alles als Subvention bezeichnet wird, was an Vergünstigungen wie Arbeitnehmerfreibetrag, Entfernungspauschale, Steuerfreiheit für Wochenendzuschläge bisher gewährt wurde. Wir bekommen ja als Arbeitnehmer geradezu ein schlechtes Gewissen, dass wir auf einmal die großen Subventionsempfänger



ger dieses Landes sind. Das haben wir bisher ja noch gar nicht gewusst. Es ist ein politisches Signal, dass dieser Gewerkschaftstag sagt: Diese Perversion des Denkens lassen wir uns nicht gefallen. ◀

Jung trifft Alt: Die 18-jährige **Sonja Vollrath**, war die jüngste Delegierte; sie lernt Industriekauffrau bei Zarges in Weilheim. »Die Jugendarbeit in den Verwaltungsstellen muss verbessert werden«, fordert sie.

Der älteste Delegierte hat sein Berufsleben hinter sich gelassen. **Gerhard Bohling** ist 72 Jahre alt und engagiert sich beim Seniorenausschuss der IG Metall in Bremen »Zwei Rentner bei den Delegierten und 560 000 Mitglieder, das Missverhältnis muss aufgehoben werden«, sagt der ehemalige Chemielaborant. Die IG Metall müsse mehr die Interessen der älteren Metalloberinnen und Metalloberer beachten. ◀



Entschließung 3

Tarifpolitik

Tarifautonomie und der Flächentarifvertrag werden auch zukünftig im Zentrum gewerkschaftlicher Politik stehen, heisst es in der Entschließung 3. Die IG Metall werde sich allen Plänen widersetzen, die Tarifautonomie zu schwächen. Nur durch das Streikrecht bleibe das Kräftegleichgewicht von Arbeitnehmern und Arbeitgebern gewahrt. Die Bundesregierung wird aufgefordert, das Wahlversprechen der SPD einzulösen und den Antistreikparagrafen 146 Sozialgesetzbuch III (kein Kurzarbeitergeld bei Arbeitskämpfwirkungen außerhalb des Streikgebiets) zu verändern und zumindest die alte Regelung wieder herzustellen.

Der Flächentarifvertrag müsse weiterentwickelt werden, weil die Anforderungen an ihn wachsen. Die Tarifpolitik müsse sich den differenzierteren Realitäten in den Betrieben stellen.

Den Beschäftigten müsse ein verbindlicher Rahmen für individuelle Entfaltung und Gestaltungsspielräume in der Arbeit geboten werden. Dazu gehörten Anspruchs-, Beteiligungs- und Reklamationsrechte. Die wesentlichen Schutznormen für die Beschäftigten sollen dabei erhalten bleiben.

Illegale, von den Tarifverträgen abweichende Regelungen oder sogenannte »betriebliche Bündnisse«, die den Beschäftigten längere Arbeitszeiten und Entgeltkürzungen ohne Gegenleistungen, zum Beispiel Beschäftigungssicherung, bringen, lehnt die IG Metall ab. Ebenso unkonditionierte Öffnungsklauseln in Tarifverträgen, die Betriebsräte der Erpressung durch die Arbeitgeber aussetzen.

Die IG Metall hält daran fest, durch Arbeitszeitumverteilung und Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen. Ziel bleibe, die 35-Stunden-Woche in allen Branchen in

West- und Ostdeutschland. Für besonders belastete Beschäftigtengruppen seien neben der Verbesserung der Arbeitsbedingungen passende Elemente der Arbeitszeitverkürzung zu verwirklichen. »Arbeiten ohne Ende« und der »Entgrenzung von Arbeit« sei Einhalt zu gebieten.

Die aktive Einkommens- und Verteilungspolitik soll ausgebaut werden. Zur Debatte um ertragsabhängige Lohnbestandteile heißt es: »Die Tarifpolitik der IG Metall ist und bleibt den Interessen aller Beschäftigten in ihrem Organisationsbereich verpflichtet.« Modelle, die auf eine ertragsabhängige Differenzierung der monatlichen Grundentgelte zielen, werden abgelehnt. Dies gelte auch für Modelle, die mit der Gefahr verbunden seien, dass die Höhe der Tarifabschlüsse in der Fläche sinkt.

Die tarifliche Regelung erfolgsabhängiger Entgelte könne deshalb nur zusätzlich zu den heute bestehenden tariflichen Entgelten vereinbart werden.



Abweichungen nach unten, wie es die Arbeitgeber wollten, werden von der IG Metall zurückgewiesen. Denkbar sei, ertragsabhängige Entgelte als zusätzlichen tariflichen Baustein für gesonderte Jahreszahlungen zu vereinbaren.

Der Gewerkschaftstag beschloss in einem Ergänzungsantrag, dass bis Ende des Jahres 2005 der Verständigungsprozess über eine stärker »erfolgsabhängige Differenzierung der Tarifpolitik durch einen Beschluss des Vorstands über die mittelfristige tarifpolitische Planung vorläufig abgeschlossen« wird. ◀

Debatte

Wolfgang Räscheke, Salzgitter

Es wird immer wieder behauptet, dass eine zweistufige ertragsabhängige Differenzierung notwendig ist, weil durch Globalisierung und Standortkonkurrenz auch eine stärkere Differenzierung in den Betrieben stattfindet. Ich glaube, das ist nicht so. Es wird zwar immer wieder behauptet, kann aber nirgendwo in irgend einer Weise empirisch belegt werden. ◀

Jürgen Brandies, Hanau

Wenn ihr das wirklich braucht, was ich nachvollziehen kann für



Betriebe, in denen hohe Umverteilung möglich ist, ist das kein Thema. Natürlich ist es für uns als Gewerkschaft gut, wenn wir dort noch Geld herausholen. Das geht aber auch mit einem Ergänzungstarifvertrag. Dafür brauchen wir keine grundsätzliche Umstellung unserer Tarifpolitik. ◀

Beatrix Gerhard, Wuppertal

Vor drei bis vier Jahren haben wir das Thema Tarifbindung angepackt und nach anfänglichen Schwierigkeiten sehr gute Ergebnisse erzielt. Zuerst wurden die Potenziale in den Betrieben untersucht: Durchsetzungskraft des Betriebsrats, Organisationsgrad der Beschäftigten sowie wirtschaftliche Situation des Be-

triebs. Es wurden betriebliche Tarifkommissionen gebildet und es konnte losgehen. Inzwischen haben wir in zehn Betrieben die Tarifbindung durchgesetzt. ◀

Helmut Lense, Stuttgart

Das eine Ziel der Differenzierung ist eine möglichst hohe prozentuale Erhöhung ohne Unterschied in der Fläche für alle Betriebe. Ein zweites Ziel ist, dass wir möglichst viel Entgelt



mit der IG Metall aushandeln und für die Kolleginnen und Kollegen deutlich wird: Die IG Metall ist zuständig für den ganzen Teil der Einkommenspolitik, nicht nur für einen kleinen. Wir müssen damit das optimal ausnützen, was in einzelnen Betrieben über die Fläche hinaus möglich ist. ◀

Uwe Fritsch, Braunschweig

Wir haben unlängst »Zehn Jahre Vier-Tage-Woche« oder die Verkürzung auf 28,8 Stunden bei VW festlich begangen. Lasst uns bei Volkswagen nicht mehr zu lange allein. Denn manches kann man auf Dauer nicht halten, wenn nicht andere Kolleginnen und Kollegen nachziehen. ◀



Entschließung 4

Sozialstaat und Sozialpolitik

»Die gleichwertige Beteiligung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern an der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme ist ein Eckpfeiler der sozialen Sicherungssysteme«, hält die Entschließung 4 fest. Sie müsse gesichert, oder »wieder hergestellt werden«. Aufgrund von »Wachstumsschwäche, Massenarbeitslosigkeit und einer angebotsorientierten Steuer- und Finanzpolitik« sei das sozialstaatliche Finanzierungsmodell aber weiter zu entwickeln. Die IG Metall fordert, die gesetzliche Renten- und Krankenversicherung zur »Erwerbstätigen-Versicherung« weiter zu entwickeln. Dabei sollen weitere Beschäftigungsgruppen und Einkünfte aus Kapitaleinkommen einbezogen werden.

Das künftige Arbeitslosengeld II »muss für alle, die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen und keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld haben, gewährt werden«. Gleichzeitig ist die paritätische Beitragsfinanzierung durch einen Bundeszuschuss zu ergänzen. Bereits erfolgte Kürzungen bei der Arbeitslosenhilfe brechen für die IG Metall »mit tragenden Strukturprinzipien des Sozialstaats«. Gleiches gilt auch für die »aktuellen Vorschläge zur Kürzung der Bezugsdauer

des Arbeitslosengelds«. Daher engagiert sich die IG Metall für »ein breites gesellschaftliches, reformorientiertes Bündnis«, um diese Angriffe abzuwehren.

Die geplante Anhebung des gesetzlichen Rentenalters lehnt die IG Metall strikt ab. Stattdessen müssen in den Betrieben die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass die Beschäftigten länger arbeiten können. Nach 45 Versicherungsjahren muss es möglich sein, ab einem Alter von 60 Jahren in Rente zu gehen – ohne Abschlüge.

Zunehmende Gesundheitsbelastung infolge des wachsenden Leistungsdrucks zeigen, dass eine »neue gewerkschaftliche und politische Initiative für eine Humanisierung der Arbeit« nötig ist. Die IG Metall greift dieses Anliegen mit dem Projekt »Gute Arbeit« auf.

Die IG Metall wird sich in den nächsten Monaten für die Realisierung ihrer reformpolitischen Alternativen engagieren. Um bevorstehende Entscheidungen im Bundestag und Bundesrat noch zu beeinflussen, »wird die IG Metall die eingeleiteten Aktivitäten verstärkt fortsetzen«. Gleichzeitig wird der Vorstand beauftragt, ein »mittelfristig ausgerichtetes Konzept vorzulegen«.

Gerd Bauer,
Reutlingen-Tübingen

Unser Ziel muss sein, dass der Mensch gesund und aufrecht am Ende seiner Lebensarbeitszeit aus der Fabrik herausgeht und nicht gezwungen ist, auf



allen Vieren über die Ziellinie zu robben. ◀

Harald Serth, Herborn

Wenn wir nichts gegen den beabsichtigten Sozialabbau tun, werden wir das nächste Mal bestraft, entweder durch die Ver-



kürzung der Bezugsdauer für Arbeitslosengeld, oder durch die niedrigere Rente. Wir brauchen klare Konzepte und Aktionen. ◀

Hans-Peter Wieth, Herborn

Auf was wollen wir denn warten? Bis zum 7. November werden die in der großen Koalition das durchziehen, was wir in dicken Papieren beschreiben. Ich möchte Euch bitten und aufrufen, dafür Sorge zu tragen, dass am 1. und 7. November sowohl in Berlin vorzeigbare Veranstaltungen zustande kommen, als auch in den Bezirken und Verwaltungsstellen unserer IG Metall. ◀

Rainer Herth, Offenbach

Da gibt es die Haltung: Wir müssen durch Gespräche mit den Regierenden einen Konsens finden. Wir müssen die überzeugen, die den Sozialraub planen und durchführen, damit sie davon ablassen, wir müssen in der Öffentlichkeit für unsere Ideen werben. Ich halte diese Politik eigentlich für gescheitert. Denn die Praxis dieser Regierungspolitik heißt doch Hartz-Gesetze, heißt Gesundheitsreform, heißt Rürup, heißt Sozialraub, bei dem wir immer draufgelegt haben. Ich habe das Gefühl, offen-



sichtlich reicht das nicht, was wir tun, offensichtlich müssen wir noch etwas zulegen. ◀

Werner Bastian, Mittelhessen

Ich würde mir wünschen, dass über diesen Gewerkschaftstag einmal gesagt wird: Der erste Teil im August war der Teil mit den schlechtesten Wahlergebnissen für den Ersten und den Zweiten Vorsitzenden. Aber der zweite Teil, der im Oktober, war der, aus dem die stärkste politische Bewegung der Gewerkschaft hervorgegangen ist. ◀



Entschließung 5

Betriebs- und Mitbestimmungspolitik

Die Kraft für tarifpolitische Konflikt- und gesellschaftliche Reformfähigkeit muss aus den Betrieben heraus entfaltet werden. Das fordert die Entschließung 5 zur Betriebs- und Mitbestimmungspolitik. Eine kreative und konfliktbereite sowie eine kompetente und beteiligungsorientierte Betriebsarbeit sei entscheidende Voraussetzung, die Attraktivität der IG Metall zu steigern, neue Mitglieder zu gewinnen und für eine aktive Mitarbeit motivieren zu können.

Der Ausbau einer beteiligungsorientierten Betriebspolitik werde immer notwendiger. Dabei komme der Zusammenarbeit zwischen Beschäftigten, Vertrauensleuten und Betriebsräten ein hoher Stellenwert zu. Durch die zunehmende nationale wie internationale Vernetzung von Unternehmen und Betrieben sei es erforderlich, betriebsübergreifender, globaler und branchenbezogener zu handeln.

Die Arbeit der Betriebsräte habe eine starke Ausstrahlung auf die gewerkschaftliche Politik. Eine enge gewerkschaftliche Bindung der Betriebsräte sei die Basis für eine dynamische und erfolgreiche Fortentwicklung der Betriebs- und Tarifpolitik. Die Arbeit der Gremien werde zukünftig internationaler gestaltet werden müssen.

Zu den Schwerpunkten gewerkschaftlicher Betriebspolitik gehöre die Beschäftigungssicherung, die »Qualität der Arbeit«, Qualifizierung, Gleichstellung, Mitgliederwerbung und die Arbeit der verschiedenen Betriebsratsgremien.

Betriebspolitik müsse sich zukünftig stärker auf Klein- und Mittelbetriebe und die Branchenarbeit ausrichten. Die Forderung nach paritätischer Mitbestimmung sei unverändert der zentrale Eckpunkt zur Gestaltung einer demokratisierten Wirtschaftsordnung. Die IG Metall weist alle Forderungen von konservativen Kräften und Wirtschaftsverbänden zurück, die die Mitbestimmung beseitigen oder schwächen wollen.

Weitere Aufgaben der Betriebspolitik:

- ▶ Die Arbeit der Vertrauensleute ist durch Ausbau ihrer Kompetenzen und durch stärkere Beteiligung an der Betriebsratsarbeit zu verbessern.
- ▶ Mitgliederwerbung muss zentrale Aufgabe der Betriebsräte sein.
- ▶ Die Mitbestimmung – vom Arbeitsplatz bis zur Konzernebene – sichern und ausbauen.
- ▶ Soziale, rechtliche und ökologische Mindeststandards umsetzen und die Zahl der Weltbetriebsräte erhöhen. ◀

Konrad Sprenger, Mittelhessen

Die Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes hat einige Verbesserungen gebracht, die aber hauptsächlich die Betriebsratsarbeit erleichtern und verbessern helfen. Die Vertrauensleutenarbeit ist davon relativ wenig betroffen. Wir fordern eine Ausweitung des Schutzes für Vertrauensleute und die Möglichkeit, Freiräume für die Vertrauensleute zu erhalten.

Gottfried Meyer, Remscheid-Solingen

Wenn wir es ernst nehmen mit der Europäisierung der Arbeits-

beziehungen, dann muss auch die Basis dafür verbessert werden. Wir brauchen eine stärkere Vernetzung unserer Euro-Betriebsräte. Sie brauchen intensiven Erfahrungsaustausch.

Stefan Vollmer, Arnberg

Wenn man die Branchenarbeit stärkt, stärkt das auch die Betriebspolitik. Die hohe Fachkompetenz, die es in den verschiedenen Branchen gibt – Holz, Kunststoff, Gießereien, Textil und andere – zeigt auch, wie schnell und flexibel die Gewerkschaften reagieren und sich auf neue Situationen einstellen können.



Protest im Saal und vor der Halle in Hannover: »Hände weg von den Tarifen«

Pfiffe für die Politik: Heißer Empfang für Franz Müntefering (SPD), Angela Merkel (CDU), Krista Sager (Bündnis 90/Grüne) und Wolfgang Gerhard (FDP). Die Politiker nahmen an dem Podiumsgespräch teil – und wurden bereits bei ihrer Ankunft von über

200 Metallerinnen und Metallern aus Hannover ausgepfiffen. **Dieter Schaefer, Sekretär in Hannover, an die Adresse der Politik: »Tarifverträge müssen auch in Zukunft von den Gewerkschaften ausgehandelt werden, lasst Eure Hände von der Tarifautonomie.«** ◀

Aus 34 Ländern der ganzen Welt waren 57 Gewerkschafter zu Gast in Hannover. Unter den Teilnehmern: **Marcello Malentacchi**, Generalsekretär des Internationalen Metallgewerkschaftsbunds (IMB), Baeh Soonhwan, Vorsitzender der koreanischen Metallarbeiter-Gewerkschaft (KMWF): »Die IG Metall«, staunte der Koreaner, »ist eine einflussreiche Organisation.«

Mohammed Amara vom palästinensischen Gewerkschafts-Dachverband PGFTU beeindruckte insbesondere der Stil der Diskussionen: »Die Delegierten respektieren unterschiedliche Meinungen.«

Dem Griechen **Manolis Kontopanos**, Vorsitzender der griechischen Metallgewerkschaft POEM, imponierte das politische Niveau der Diskussion: »Das wird sich auch auf europäischer Ebene positiv auswirken.« ◀





Jugendliche stellen Schröder zur Rede: Rund 20 junge Metallerrinnen und Metalller haben Bundeskanzler Gerhard Schröder auf dem Gewerkschaftstag das IG Metall-Konzept für mehr Ausbildungsplätze überreicht. **Thoms Höhn (24)**, Delegierter aus Schweinfurt: »Eine tarifliche Lösung, wie sie Schröder will, reicht nicht. Wir brauchen ein Gesetz, damit sich auch Betriebe finanziell beteiligen, die nicht tarifgebunden sind.« Auf eine Zusage warteten die Metallerrinnen und Metalller freilich vergeblich. Höhn: »Schröder hat lediglich sein Versprechen wiederholt, am Ende des Jahres Bilanz zu ziehen, das ist zu wenig.« Immerhin lud der Kanzler die Jugendlichen anschließend zu sich ins Kanzleramt ein. Er will sich ihr Konzept erläutern lassen. ◀

Entschließung 8

Bildung und Qualifizierung

Die Bildungspolitik der IG Metall orientiert sich an sozialer Gerechtigkeit, Chancengleichheit und Durchlässigkeit. Bildung und Qualifizierung seien sowohl der Schlüssel für die wirtschaftliche Entwicklung als auch für eine humane und demokratische Gestaltung der Gesellschaft. Dieses bildungspolitische Leitbild verabschiedeten die Delegierten des Gewerkschaftstags in der Entschließung 8 »Bildung und Qualifizierung«.

Gewerkschaftliche Bildung umfasse berufliche, allgemeine, politische und kulturelle Bildung. Sie beziehe sich auf die Verbesserung der Arbeits- und Berufs-

chancen der Menschen und ihrer Lebensbedingungen. Sie zielen auf die Fähigkeit der Menschen, gesellschaftliche Verhältnisse zu erkennen und zu verändern.

Der Gewerkschaftstag fordert von der Bundesregierung ein Programm zur »Herstellung gleicher Bildungschancen« und eine Politik »Bildung für Alle«. Die IG Metall lehne alle Bestrebungen ab, Bildung weiter zu kommerzialisieren.

Im Bereich der beruflichen Bildung fordert sie ein zeitgemäßes Berufsbildungsgesetz, um die Schwachstellen der dualen Berufsausbildung zu beseitigen und das Ausbildungssystem

in eine internationale Spitzenposition zu bringen. Das Recht auf Ausbildung soll gesetzlich verankert werden. Nichtausbildende Betriebe seien in die Kosten der Nachwuchsausbildung mit einzubeziehen. Mit einer Initiative für ein Bundesweiterbildungsgesetz fordert die IG Metall den Zugang zur Weiterbildung für alle, die keinen ausreichenden Tarifschutz haben.

Weitere Arbeitsschwerpunkte:

▶ Die IG Metall will die Zusammenarbeit mit den Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen verbessern und ein ehrenamtliches Gutachter-Netzwerk für ingenieurwissenschaftliche und Informatik-Studiengänge aufbauen

▶ Die regionale Bildungsarbeit sowie Ausbildungsgänge und Weiterbildungsangebote der Bildungsstätten sollen weiterentwickelt und neue Bildungsangebote eingeführt werden.

Die Delegierten des Gewerkschaftstags entschieden, dass die Bildungsstätten während der Erprobungsphase des gewerkschaftlichen Bildungsangebots bis Ende 2006 sowohl alte als auch neue Seminarstrukturen anbieten. Zudem soll eine Debatte zu den inhaltlichen und methodischen Anforderungen eingeleitet und ein Erfahrungsaustausch organisiert werden. Am Ende der Erprobungsphase berät eine Bildungstagung über die zukünftige Seminarstruktur und spricht eine Empfehlung an den Vorstand aus. ◀

Bianca Gruner, Stuttgart
Wesentliche Erkenntnisse aus der Jugendstudie, die wir in Baden-Württemberg durchgeführt haben, sprechen klar für eine pragmatischere Anlage der Jugendbildung. Das bedeutet unter anderem, über alltägliche



und damit verständliche Beispiele an den Interessenskonflikt heranzuführen. ◀

Frank Patta, Wolfsburg
Die Bildungsarbeit der IG Metall muss auch zukünftig die gemeinsame Arbeit von Vertrauensleuten und Betriebsräten stärken. ◀

Mathias Franz, Mainz-Worms
Nur über eine gesetzliche Regelung ist es möglich, ein auswahlfähiges Angebot an Ausbildungsplätzen sicherzustellen. Betriebe müssen endlich in die Pflicht genommen werden, da-

mit sie ihrer gesellschaftlichen Verantwortung nachkommen und ausreichend Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen. ◀

Werner Dreibus, Offenbach
Wir brauchen eine Bildungsarbeit, die uns hilft, die uns stärkt in diesen Auseinandersetzungen. Es geht um Kompetenzen,



um Fähigkeiten. Ich glaube, in unserer Bildungsarbeit muss auch das Herz und das Gefühl angesprochen werden und nicht nur der Verstand. ◀

Thomas Händel, Fürth
Ich hätte mir gewünscht, dass die Frage der Organisation unserer regionalen Bildungsarbeit etwas mehr Würdigung findet. Wo entwickeln wir beispielsweise ein strategisches Konzept in unserer Bildungsarbeit, um uns stärker mit gewerkschaftsnahen Bildungsanbietern zu verbünden? ◀

»Bild« hetzt Billige Kampagne

In den Wochen vor und nach dem Gewerkschaftstag sind vereinzelt Artikel erschienen, wonach Jürgen Peters »Luxus-Villen« erworben und mit den Mietern »unsozial« umgegangen sein soll. Insbesondere »Bild«-Hannover hatte es sich zur Aufgabe gemacht, eine billige Kampagne gegen den IG Metall-Vorsitzenden in Gang zu setzen. Während des Gewerkschaftstags nahmen einige Zeitungen die Gelegenheit war, mit auf diesen Zug zu springen.

Wahr ist, dass Peters mit sieben weiteren Partnern in Hannover zwei Häuser mit Grundstück von einer städtischen Gesellschaft für 690 000 Euro gekauft hat – keine »Luxus-Villen«, wie in den Medien geschrieben wurde, sondern Häuser, die saniert werden müssen. Sie sind in einem Zustand, der Mieter veranlasst hat, die Miete zu mindern. Die Häuser wurden Anfang Januar über ein öffentliches Bieterverfahren erworben. Im März erfolgte die Übergabe der Objekte. Die Gespräche mit den Mietern führte im Auftrag der neuen Eigentümer Rechtsanwalt Christoph Gebauer – »in einer ausgesprochen angenehmen Atmosphäre«, wie Gebauer in einem Brief an Peters bestätigte und der den Delegierten des Gewerkschaftstags vorlag.

Fakt ist: Keinem Mieter wurde gekündigt, und niemand wurde zum Auszug gezwungen. Im Gegenteil: Den Mietern wurden Umzugsbeihilfe und tatkräftige Unterstützung bei der Suche nach geeigneten Wohnungen angeboten. Und: Mehrere Mieter haben das Angebot bereits angenommen. ◀



Preisgekröntes Foto von Lotte Lindner und Till Steinbrenner: »family II«

Kunstpreis verliehen: Der Gewerkschaftstag startete mit der Vergabe des Kunstpreises. Der Erste Vorsitzende Jürgen Peters überreichte die Gewinne. **»Vielfalt solidarisch gestalten«**, lautete das Motto des fünften Kunstpreises, den die IG Metall ausgeschrieben hatte. Die Jury entschied sich dafür, den Preis gleich dreimal zu vergeben: **Lotte Lindner / Till Steinbrenner** präsentierten eine Fotografie; **Jörg Frank** imponierte mit einer Malerei sowie **Uta Zaumseil**, die mit einer traditionellen Technik des Farbholzschnitts am Wettbewerb teilnahm. Die Kunstwerke der Preisträger sowie von weiteren vier Künstlern, werden in einem Katalog vorgestellt. Jedes Werk wurde mit jeweils 6000 Euro honoriert. Insgesamt hatten rund 430 Künstler Arbeiten eingereicht. ◀



Preisträger: Till Steinbrenner, Lotte Lindner, Jörg Frank und Uta Zaumseil (von links) mit Jürgen Peters und Kirsten Rölke (Zweiter und Dritte von links)



Ehrung für Zwickel: Sieben Verwaltungsstellen machten auf einem Stand während des Gewerkschaftstags ihre langjährige Zusammenarbeit mit dem jeweiligen spanischen Kooperationspartner bekannt. Manuel Fernández Lopez, genannt »Lito«, Generalsekretär der spanischen Gewerkschaft MCA-UGT, überreichte Klaus Zwickel, ehemaliger Vorsitzender der IG Metall, einen Karton mit spanischem Rotwein als Anerkennung für die »Europäisierung der Gewerkschaften«. »Es ist sehr wichtig, dass in Europa ein intensiver Austausch stattfindet«, sagte Lito. Zwickel versprach, »diese Arbeit auch weiterhin« zu unterstützen. ◀



Gewerkschafts-Kindergarten:

Der zehnjährige Marian Brachmann war einer von 13 Kindern im Gewerkschafts-Kindergarten des Kongress-Zentrums.

»Mama braucht sich keine Sorgen machen, die drei Betreuerinnen passen schon gut auf«, betont Marian. Der Kindergarten war täglich unterwegs.

»Der Zoo ist der schönste, den ich je gesehen habe«, erzählt der neunjährige Thimo Schindler. Auch habe ihm der Museumsbesuch gefallen. Außerdem standen noch andere Ausflüge auf dem Plan, wie zum Beispiel Kino. »Wir waren täglich vier Stunden draußen, das war auch nötig«, sagt die Betreuerin Daniela Schmitz, im normalen Leben Sekretärin beim IG Metall-Vorstand in Frankfurt. »Für mich war das eine angenehme Abwechslung im Berufsleben, das sich von mir aus jederzeit wiederholen darf.« So schlecht können die »Betreuerinnen« nicht gewesen sein, denn keiner der Eltern hat sich beschwert. Gegen 20 Uhr konnten sie ihre Kleinen abholen. ◀